

Familien und ihre Politik - eine Beziehung in der Dauerkrise?

Eine hochrangig besetzte Tagung fragte
nach den Bedingungen einer nachhaltigen Familienpolitik

von Bernhard Huber

Man hat sich angewöhnt, das Wort „Krise“ nur noch mit platzenden Bilanzblasen, mit crashenden Bankhäusern, mit der Pleite traditionsreicher Firmen, kurzum mit der weltweiten Vernichtung von unvorstellbaren Geldsummen zu verbinden. Da mutet es gewagt an, das Verhältnis zwischen den Familien und „ihrer“ Politik mit der Frage auf den Prüfstand zu stellen: eine Beziehung in der Dauerkrise?

Genau das aber hat die Akademie für Politik und Zeitgeschehen der Hanns-Seidel-Stiftung



Johannes Schroeter, derzeit amtierender Sprecher der bayerischen Familienverbände und Vorsitzender des Familienbundes in Bayern, begrüßt die Tagungsgäste im münchener Konferenzzentrum der Hanns-Seidel-Stiftung.
Foto: Bernhard Huber

zusammen mit der bayerischen Arbeitsgemeinschaft Deutscher Familienorganisationen (AGF) und dem Bayerischen Familienministerium auf einer Fachtagung getan. Anlass der Veranstaltung am 24. Oktober in München, zu der sich 175 Personen angemeldet haben, war ein doppeltes Jubiläum: Die bayerische AGF begeht heuer ihr 50-jähriges und der Landesbeirat für Familienfragen sein 40-jähriges Jubiläum. Sowohl die Kompetenz der Referenten als auch die Diskussionsfreude der nicht nur aus Bayern ange-reisten Teilnehmer trugen zu einer äußerst informativen und lebendigen Tagung bei.

Hans Bertram, Professor an der Humboldt Universität Berlin, bot

einen Aufriss über Erkenntnisse und Perspektiven der Familienforschung, wobei er im Rückgriff auf den Siebten Familienbericht, den er maßgeblich vorbereitet hat, Zeit, Geld und Infrastruktur als die drei Kernelemente einer nachhaltigen Familienpolitik darstellte. Eines der Ziele müsse es sein, die Kinder unabhängig von der Lebensformentscheidung der Eltern ökonomisch angemessen auszustatten. Allerdings werde von den Familien individuell gewogen und entschieden. Bestimmte politische Maßnahmen produzierten kein bestimmtes Ergebnis. Dabei sei es für ihn eine angenehme Perspektive, dass sich Eltern immer wieder anders verhalten als man als Wissenschaftler denkt.

Jürgen Borchert, Richter am Hessischen Landessozialgericht, skizzierte den oft mühsamen und langwierigen Weg allgemeiner Normen des Grundgesetzes in die konkrete Politik. Das Trümmerfrauenurteil des Bundesverfassungsgerichts von 1992 führte er ebenso an wie dessen Entscheidung zur Pflegeversicherung von 2001. Eine von der Politik weitgehend ignorierte Aussage unseres höchsten Gerichts lautet, dass die Eltern mit der Erziehung ihrer Kinder einen konstitutiven Beitrag für die Solidarsysteme leisten. Insgesamt plädierte Borchert für eine Politik, die erst einmal systematische Benachteiligungen der Familien abbaut. Derzeit jedoch greift der Staat, nicht zuletzt über die indirekten Steuern, sogar auf das Geld zu, das die Eltern zur Sicherung ihres und des Existenzminimums ihrer Kinder erwirtschaften und das eigentlich nicht besteuert werden darf. Einen Teil davon gibt er ihnen als „Kindergeld“ lediglich wieder

zurück. Borchert gebraucht in diesem Zusammenhang Wörter wie „Ausplünderung“ oder „Diebesgut“.

Nachmittags lenkte Bayerns Familienministerin Christine Haderthauer das Augenmerk auf das familienpolitische Alltagsgeschäft, indem sie Einzelheiten des gerade ausgehandelten Koalitionsvertrages präsentierte. Dabei verteidigte sie vehement das mühsam ausgehandelte Betreuungsgeld, das 2013 kommen soll, wobei hinsichtlich der konkreten Ausgestaltung noch nichts festgelegt ist. Für Haderthauer stehen insbesondere die Eltern im Mittelpunkt ihres Engagements. Was uns unsere Kinder wert seien, meinte sie, könne man daran ablesen, wie man mit denen umgeht, die Zeit mit ihnen verbrachten.

Eine von Daniela Arnu, Bayerischer Rundfunk, geschickt und sachkundig moderierte Podiumsdiskussion, an der neben den Referenten auch der Vorsitzende des Familienbundes in Bayern, Johannes Schroeter, als Sprecher der AGF teilnahm, dokumentierte eindrucksvoll das familienpolitische Interesse des Auditoriums, das sich an dieser Stelle wie schon zu den einzelnen Referaten mit Rückfragen und Anregungen einbringen konnte.

Die Tagung zeigte, dass die Politik ihre Beziehung zu den Familien endlich auf eine solide und verlässliche Grundlage stellen muss. Sonst könnte es sein, dass sich das Fragezeichen hinter der Dauerkrise in ein Ausrufezeichen verwandelt - mit schwerwiegenden gesellschaftlichen Folgen.



Trotz des Samstags blieben nur wenige Plätze leer. Foto: Bernhard Huber